

Nachrichten aus Brüssel

@greens87 – stock.adobe.com

CED-Vollversammlung in Danzig

Ende Mai fand die Frühjahrsvollversammlung des Council of European Dentists (CED), des Dachverbandes der europäischen Zahnärzteschaft, im polnischen Danzig statt. Die 50 Delegierten aus über 30 nationalen Zahnarztverbänden nahmen bei dem Treffen mit großer Mehrheit Positionspapiere zum Einsatz künstlicher Intelligenz in der Zahnmedizin, zu den Gefahren von Tabak und Zucker für die Mundgesundheit sowie zu fortlaufenden Problemen des EU-Rechtsrahmens für Medizinprodukte an. Angesichts einer wachsenden Zahl von Zahnärzten anderer EU-Länder oder aus Drittstaaten forderten die CED-Delegierten ferner die zuständigen Behörden der EU-Mitgliedsstaaten auf, die erworbenen zahnärztlichen Qualifikationen im Interesse der Patientensicherheit einer strengen Überprüfung zu unterziehen und die entsprechenden sprachlichen Fähigkeiten zu kontrollieren.

Bei der Vollversammlung stellte Prof. Dr. Rainer Jordan, Forschungsdirektor am Institut der Deutschen Zahnärzte und Dozent an der Universität Witten/Herdecke, die wichtigsten Ergebnisse der Sechsten Deutschen Gesundheitsstudie vor, die den Mundgesundheitsstatus und das Mundgesundheitsverhalten in Deutschland untersucht.

Neue EU-Binnenmarktstrategie veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat ihre neue Binnenmarktstrategie vorgestellt. Die Brüsseler Behörde möchte dem gemeinsamen Binnenmarkt durch ein Bündel von Maßnahmen neue Impulse geben.

Ziel der Strategie ist nach den Worten von EU-Binnenmarktkommissar Stéphane Séjourné ein unkomplizierter, nahtloser und starker Binnenmarkt. Zu diesem Zweck sollen die zehn größten Hemmnisse beseitigt werden. Dazu zählt die Europäische Kommission etwa die langwierige Anerkennung beruflicher Qualifikationen, die langsame Entwicklung von Standards und Normen, Beschränkungen des grenzüberschreitenden Arbeitens und zu komplizierte nationale und europäische Regeln sowie die mangelhafte Umsetzung bereits geltender EU-Binnenmarktregeln. Um Anerkennungsverfahren schneller und effizienter zu gestalten, sollen beispielsweise verstärkt digitale Instrumente genutzt und Systeme zur automatischen Anerkennung beruflicher Qua-

lifikationen ausgebaut werden. Für das kommende Jahr hat die Kommission entsprechende Gesetzesvorschläge angekündigt.

Konsultation zum Rechtsakt über kritische Arzneimittel

Die EU-Kommission hat ihren Vorschlag für einen „Critical Medicines Act“ vorgelegt. Der Verordnungsvorschlag, der eines der wesentlichen gesundheitspolitischen EU-Gesetzgebungsvorhaben der kommenden Jahre ist, soll die Verfügbarkeit von Arzneimitteln, die für die medizinische Versorgung kritisch sind, in der EU verbessern. Begleitend zu ihrem Vorschlag hat die Kommission eine Konsultation gestartet, um von einer interessierten Öffentlichkeit zu erfahren, wie sie den Verordnungsvorschlag bewertet und welche zusätzlichen Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die Versorgungssicherheit zu garantieren.

Mehr Transparenz bei Impfstoffdeals

Mitte Mai hat das Gericht der Europäischen Union (EuG) entschieden, dass die EU-Kommission zu Unrecht die Veröffentlichung von Textnachrichten zwischen der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Pfizer-CEO Albert Bourla verweigert und damit gegen EU-Transparenzvorschriften verstoßen hat.

Hintergrund des Rechtsstreites waren Forderungen, dass die Kommission Textnachrichten im Zusammenhang mit Verhandlungen über Covid-19-Impfstoffverträge im Jahr 2021 öffentlich machen sollte. Die Kommission hatte dies verweigert und im Gegenzug argumentiert, dass die betreffenden Nachrichten nicht archiviert worden seien und daher nicht mehr zur Verfügung stünden. Des Weiteren verwies sie darauf, dass derartige Textnachrichten nicht als offizielle Dokumente gelten würden und somit nicht den Transparenzvorschriften unterlägen. Eine Auffassung, die vom EuG nicht geteilt wurde. Die EU-Kommission kann nun entscheiden, ob sie das Urteil anfechten möchte und den Europäischen Gerichtshof (EuGH) als letzte Instanz anrufen wird.

*Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK*